

Neustart im Landtag

Zur Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde am 27.9. die Abgeordnete Simone Oldenburg gewählt. Sie erhielt acht der elf abgegebenen Stimmen, drei entfielen auf den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Helmut Holter, der sich ebenfalls zur Wahl gestellt hatte. Als 1. stellvertretende Vorsitzende wurde die Abgeordnete Jeannine Rösler gewählt, sie erhielt neun Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, ein Fraktionsmitglied enthielt sich der Stimme. Die 2. stellvertretende Vorsitzende, MdL Jacqueline Bernhardt, wurde mit acht Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, gewählt. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion, Peter Ritter, wurde in seinem Amt bestätigt. Er erhielt 10 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme.

Die neue Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg, erklärt zu ihrer Wahl: „Die Linksfraktion ist dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden Helmut Holter für

seine geleistete Arbeit zu großem Dank verpflichtet. Wir haben uns in der Fraktion für einen Neuanfang, auch den personellen entschlossen. Ich bedanke mich bei meinen Fraktionskolleginnen und -kolle-



gen für das in mich gesetzte Vertrauen. Für den Neuanfang ist es jetzt dringend erforderlich, dass wir als Team die großen Herausforderungen angehen, vor denen wir stehen. Ich bin überzeugt, gemeinsam werden wir die Aufgaben meistern.“

Zur Neuwahl des Vorstandes der

Landtagsfraktion erklärt die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm: „Ich gratuliere Simone Oldenburg, Jacqueline Bernhardt, Jeannine Rösler und Peter Ritter zu ihrer Wahl und wünsche uns gemeinsam viel Erfolg. In den kommenden Wochen und Monaten liegen viele Aufgaben vor der Fraktion und der Partei, um gemeinsam verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Mit dieser Wahl setzt die Fraktion den von mir und dem Landesparteitag am Wochenende geforderten Prozess der zeitnahen Erneuerung innerhalb unserer Partei um. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich Helmut Holter für sein langjähriges Wirken danken und bin froh, ihn auch weiterhin als Mitstreiter an unserer Seite zu wissen.“

Text und Foto: www.linksfraktionmv.de

In dieser Ausgabe des KLARTEXT wollen wir ausführlich die Landtagswahl sowie den Landesparteitag vom 27. September auswerten.



In Güstrow tagte ein Außerordentl. Landesparteitag zur Wahlauswertung
Mehr dazu auf den Seiten 3, 4 und 5



Das Wahlergebnis der LINKEN am 4.9. lässt sich erklären
Mehr dazu auf den Seiten 6-8



Zahlreiche Antifaschisten versammelten sich im September am OdF-Denkmal
Mehr dazu auf Seite 16

In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Lütten-Klein
■ Seite 2: Hartz-IV-Falle
Seite 3-5: Landesparteitag
Seite 5/6: Bundesteilhabegesetz
Seite 6-8: Landtagswahl
Seite 9: Friedensbündnis
Seite 10: Seniorenpolitik

Seite 11: Kuba heute
Seite 12: Kurt Kaiser
Seite 13: Rotfeder
Seite 14: Was tun gegen die AfD
Seite 15: Termine
Seite 16: OdF-Gedenken

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, in aller Ausführlichkeit wollen wir uns in dieser Ausgabe mit der Landtagswahl beschäftigen. Ausführlich deshalb, weil es halt keine einfachen Antworten gibt. Wir setzen uns mit den erreichten Ergebnissen auseinander, mit den Rahmenbedingungen, mit den eigenen Fehlern. Das ist die Basis für die Erneuerung der politischen Arbeit in der Partei – von der Basisorganisation bis zum Landesvorstand.

Wir berichten über den Landesparteitag, von dem erste Signale für die Debatten über Inhalt und Personal ausgingen. Ein

Leitantrag wurde verabschiedet, den wir nun mit Leben füllen müssen. Wir werden Euch in der Novemberausgabe ausführlich über diesen Antrag informieren.



Nach der Wahl konnten unsere beiden Kreisverbände zahlreiche Neumitglieder begrüßen. Die Redaktion möchte sie herzlich willkommen heißen und ihnen sagen, dass die regelmäßige und gründliche Lektüre des KLARTEXT zu den wesentlichen Pflichten eines Genossen gehört.

sen gehört.

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



KLARTEXT online

Simone Oldenburg: Endlich Menschen aus der Hartz-IV-Falle holen!

Zu den Arbeitsmarktzahlen für den Monat September erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Beinahe 50 000 Hartz-IV-Bezieherinnen und Hartz-IV-Bezieher leben in M-V vier Jahre und länger ausschließlich von Hartz-IV-Leistungen, beinahe 55 000 länger als drei Jahre. Das entspricht fast 80 bzw. 90 Prozent der als arbeitslos gezählten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, wie die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktion Anfang September ergab (Drs. 6/5912). Die neue, alte Landesregierung muss endlich handeln und die Menschen aus der Hartz-IV-Falle holen.

Es ist unverantwortlich, sich im Schein der sinkenden Arbeitslosenzahlen zu sonnen, die gute wirtschaftliche Entwicklung zu loben und dabei zugleich die Probleme der Menschen auszublenden. Wir brauchen öffentlich geförderte Beschäftigung im Land

für Menschen, die auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance erhalten. Die neue, alte Landesregierung darf sich nicht länger aus ihrer Verantwortung stehlen. Die Frauen und Männer, die bereits so lange zum Nichtstun verdammt und auf Hartz IV angewiesen sind, brauchen eine sinnvolle Beschäftigung, sie brauchen eine sinnvolle Perspektive.“



Mitgliederversammlung Rostock
Lütten-Klein am 30.9.

An der Versammlung nahmen 35 Mitglieder und drei Gäste teil, erstmalig Steffen Grählert als Sympathisant unserer Partei, der nach der Wahl vom 4.9. zu uns kam.

Als Gast begrüßten wir Christian Albrecht vom Kreisvorstand, der offen und klar die Ergebnisse der Landtagswahl analysierte. Seine sehr systematische und tiefe Analyse kam verständlich und gut bei den Mitgliedern an. Für seine Darlegungen bekam er Beifall.

In acht Meinungsäußerungen sprachen sich alle für eine schnellere und konzentrierte zentrale Auswertung aus. Die Bildung einer Strategiewerkstatt sollte noch in diesem Jahr erfolgen. Genn. Jawinsky regte an, ein Infoblatt für die Bürger mindestens quartalsweise herauszugeben, damit die LINKE informiert und auch als aktiv wahrgenommen wird. Genn. Weise betonte, dass wir einheitlicher zielorientierter agieren müssen. Die Konzentration im Wahlkampf nur auf landespolitische Themen habe uns Stimmen gekostet. Wir sind eine Friedenspartei, dies muss stärker kommuniziert werden. Denn das ist unser Alleinstellungsmerkmal! Die Position zur Flüchtlingsfrage war nicht eindeutig genug. In den weiteren Meinungsäußerungen ging es um Fragen des wie agieren als Oppositionspartei und als Protest und Gestaltungskraft.

Wir müssen näher an die Menschen ran, die Sorgen und die Ängste, ihre Nöte wahrnehmen und sie für eine gerechte Lösung und den politischen Kampf gewinnen. Die personellen Änderungen in der Landtagsfraktion wurden durchweg positiv gewertet. Wir sollten Vertreter der Landtagsfraktion zu uns einladen und sie ihre Strategie als Oppositionspartei erläutern lassen, kam als Anregung vom Gen. Spengler.

Vorstand Stadtteilverband Lütten Klein



Warum eigentlich nicht?

DIE LINKE.

Neustart mit Verzögerung - Bericht vom Landesparteitag in Güstrow

Kritik am Wahlkampf, am Erscheinungsbild der LINKEN und an der innerparteilichen Diskussionskultur bestimmten die Debatten auf dem Außerordentlichen Landesparteitag am 24.9. in Güstrow. Die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm kündigte an, in einem Jahr nicht wieder zu kandidieren. Sie stellte die Vertrauensfrage; 73% der Delegierten sprachen ihr das Vertrauen aus.

Nachdem die letzten Landesparteitage auf mäßiges Interesse innerhalb der LINKEN. Mecklenburg-Vorpommern gestoßen waren, fanden sich nach dem Wahldebakel zahlreiche Gäste im Bürgerhaus Güstrow ein, um den Delegierten bei der Aufarbeitung der Wahl über die Schulter zu schauen. Alle Anwesenden merkten schnell, dass der Neuanfang nach unserer historischen Niederlage vom 4.9. nicht darin bestehen würde, dass „Köpfe rollen“ und Patentrezepte einen schnellen Weg weisen. Dieser Prozess braucht Zeit.

Eine personelle Erneuerung im Landesverband ist dringend notwendig – daran hat niemand einen Zweifel. Vor dem Parteitag waren diesbezüglich Wortmeldungen zu vernehmen, deren Urheber aber in Güstrow bemerkenswert ruhig blieben. Die Adressaten dieser Personaldiskussion gingen offensiv mit dem Thema um. Die Landesvorsitzende Heidrun Bluhm räumte ein, dass Personen auf den Prüfstand gehörten. Sie werde 2017 nicht wieder als Landesvorsitzende kandidieren. Mit dieser klaren Aussage im Rücken, kann der Landesverband nun die Frage der Nachfolge anpacken. Namen wurden noch nicht genannt.

Größer noch war der Druck auf den Vorsitzenden der Landtagsfraktion Helmut Holter, dem viele vor und nach dem Parteitag (aber nicht auf dem Parteitag selbst) eine wesentliche Mitschuld an der Wahlniederlage gaben. Er sei 63, nicht 83, betonte Helmut in seiner Rede. Man solle Politiker nicht allein an ihrem Alter messen. Ein Kapitän verlasse die Brücke nicht in schwerer See, sondern erst dann, wenn die See ruhiger geworden sei. Sein Amt in der Fraktion wolle er also nicht aufgeben, sondern wieder für zwei Jahre antreten. Zeit genug, um die Nachfolge zu regeln.

Wer also auf einen radikalen Schnitt beim Personal gehofft hatte, wurde enttäuscht. Dies hätte auch nicht der Stimmung bei der Mehrheit der Delegierten entsprochen, die wohl wussten, dass mit überstürzten

Personalentscheidungen kein Problem unserer Partei gelöst worden wäre. Die Konsequenz war aber auch, dass ein klares Signal an die Öffentlichkeit ausblieb. Es war die Landtagsfraktion, die drei Tage nach dem Parteitag einen personellen Neuanfang in die Wege leitete (siehe S. 1).

Auch die Debatte über Inhalte verriet keinen Willen zum radikalen Bruch mit den bisherigen Strategien. In vielen Redebeiträgen offenbarte sich Ratlosigkeit angesichts der komplexen und nicht immer



leicht zu durchschauenden Ursachen für unsere Stimmenverluste.

Haben die Wähler taktisch gewählt? Wollten sie die SPD stärken, damit die AfD nicht stärkste Partei wird? Wählten sie



Simone Oldenburg spricht

AfD, weil diese als Stachel im Fleisch der etablierten Parteien wahrgenommen wurde – anders als DIE LINKE? War angesichts dieses Umfeldes unsere Niederlage nicht unvermeidlich?

Mit dieser Erklärung wollten sich die meisten Redner aber nicht zufriedengeben. Dass viele Wähler von uns zur AfD wanderten, wäre aus ihrer Sicht zu vermeiden gewesen. Die Koalitionsspekulationen hätten geschadet, meinte Dietmar Bartsch (denn die Grünen seien sehr unbeliebt!). Viel Kritik gab es an der Wahlkampagne (Plakate, Slogans, TV-Spot, etc.). Oder hat Dietmar Bartsch Recht, wenn er sagt, Kampagnen

seien unwichtig, da Wahlen Erntezeit sind, in der die Wähler über die Arbeit der Partei in den vorangehenden fünf Jahren entscheiden? Tatsächlich entscheiden sich die meisten LINKE-Wähler schon sehr früh, aber eben nicht alle!

Häufig war auf dem Parteitag zu hören, dass sich DIE LINKE zu wenig als wirkliche Alternative präsentieren konnte. Die meisten Menschen haben kein klares Bild von unserer Partei und ihren Zielen, kritisierte Dietmar Stephan. Lag das nur an der Wahlkampagne, oder handelt es sich um ein grundsätzliches Problem?

Gegen Ende des Parteitages wurde die Kritik am Kurs des Landesverbandes noch einmal schärfer. DIE LINKE müsse mehr ihre marxistisch-leninistischen Grundlagen betonen, auf Grundlage einer wissenschaftlichen Weltanschauung agieren, müsse die Revolution vorbereiten anstatt auf sie zu warten. Sie solle ihr „fanatisches Streben nach Regierungsbeteiligung“ aufgeben, von einer reformerischen zu einer revolutionären Kraft werden und mehr die

Systemfrage (sprich die Eigentumsfrage) stellen.

Daran schloss sich die Frage an, warum im Wahlkampf z.B. die Friedenspolitik keine Rolle gespielt habe. Die Konzentration auf landespolitische Themen habe uns geschadet, war von einigen Rednern zu vernehmen. Dietmar Bartsch betonte, dass DIE LINKE stark von der Bundespolitik lebe.

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion meinte auch: „Wir dürfen uns nicht einreden, dass wir keine Protestpartei mehr sind.“ Damit sprach er die entscheidende strategische Frage an: Ist DIE LINKE **Protest- oder Gestaltungspartei**, oder kann sie vielleicht **Beides nützlich vereinen**? Auf große Zustimmung stieß der Redebeitrag von Simone Oldenburg, die betonte, DIE LINKE könne

nicht nur Protestpartei sein. Die Partei solle einfacher werden, sich realistische Ziele suchen, Ideen für Problemlösungen suchen, so dass die Menschen sagen: „Genau das ist die richtige Lösung!“ Aber reicht das für eine sozialistische Partei? Müssen wir uns nicht Themen suchen, wo wir gesellschaftliche Visionen entfalten können (also keine Nischenthemen), wie Marcel Eggert anmahnte? Hier muss die Partei in der praktischen Arbeit die richtige Balance finden.

Fortsetzung auf Seite 4

Landesparteitag - Fortsetzung von Seite 3

Fortsetzung von Seite 3

Nicht nur Inhalte und Ausstrahlung unserer Partei müssen sich ändern, sondern auch das Innenleben des Landesverbandes. Helmut Holter beschwerte sich über die schleppende Unterstützung des Wahlkampfes durch Teile der Basis. Haben wirklich alle Genossen des Landesverbandes Wahlkampf gemacht? Jeder Kritiker müsse sich fragen, ob er im Wahlkampf alles für die Partei gegeben habe. Dem stimmte auch Karen Larisch in ihrem Beitrag zu. Helmut vermied es aber, die Gründe für das – aus seiner Sicht – schwache Engagement der Basis zu benennen. Neben der Überalterung spielte auch die fehlende Attraktivität der Wahlkampagne eine Rolle. Wenn sie bei den Wählern keine Emotionen weckte, wie sollte sie dann die eigenen Genossen motivieren? Und fehlt uns nicht eine produktive Streitkultur? Zwar trat der Landesverband in der jüngeren Vergangenheit geschlossen auf, nutzte dies aber kaum zur produktiven Arbeit. Wir hätten uns zu sehr zurückgelehnt, war auf dem Parteitag zu hören. Es seien kritische Genossen ins Abseits gedrängt worden, meinten andere. Seit etwa 15 Jahren seien wir unfähig, Fehler zu benennen und (selbst-)kritisch zu diskutieren, beklagte ein Redner. Und gibt es nicht in der Partei eine lähmende Dominanz der hauptamtlichen Mitarbeiter (von einem Redner abfällig als „abhängig bezahlte Hofdiener“ betitelt)?

Was tun?

Unsere Lage ist schwierig. Die traditionelle Wählerbasis bricht uns weg: gebildete Ältere. Neue Wählerschichten müssen mühsam erschlossen werden, ohne unsere traditionelle Klientel zu vergraulen. Wegen der Überalterung der Basis verlieren wir an Mobilisierungsfähigkeit, im ländlichen Raum sogar dramatisch. (Hier eine gute Nachricht: Sowohl in Rostock als auch im Landkreis Rostock gab es nach der Wahl Neueintritte junger Genossen.) Wenn die Partei schwächer wird, muss sie ihre Ressourcen optimaler bündeln, lautete eine Schlussfolgerung auf dem Parteitag. Partei und Fraktionen (Landtag, Kreistag, Bürgerschaft) müssten enger zusammenarbeiten. (Oder muss sich die Partei aus der Dominanz der Landtagsfraktion lösen, wie ein Redner meinte?) Helmut Holter kündigte an, dass die Frak-

tion weniger Konferenzen abhalten solle, um stattdessen mehr Präsenz vor Ort zu zeigen. Vielleicht eine Lehre aus den vergangenen Jahren, in denen DIE LINKE zu sehr im parlamentarischen Klein-Klein gefangen war. Der politische Einfluss bemisst sich nun mal nicht daran, wie viele Anträge geschrieben werden, die dann ohnehin abgelehnt werden.

Wie schaffen wir es, die Menschen über unsere Inhalte zu informieren? Die Mehrheit der Menschen ist einfach unglaublich schlecht informiert, merkte Eva-Maria Kröger in der Debatte zu Recht an. Heidrun Bluhm kündigte an, dass DIE LINKE klarer und frecher auftreten werde.

Wie gehen wir mit der AfD um? Keine Gespräche mit der AfD, forderte ein Transparent des Jugendverbandes angesichts der aktuellen Diskussion in Wolgast, ob man dem gewählten AfD-Kandidaten nicht den

für die Neuausrichtung vorgeschlagen werden: „Alles muss auf den Prüfstand.“ Wir werden in der Novemberausgabe des KLARTEXT ausführlicher darauf eingehen. Darüber hinaus wurde ein Antrag des Jugendverbandes an-

genommen, in dem die Einrichtung einer Strategiewerkstatt zur Auswertung der Wahl und zur Neuausrichtung des Landesverbandes vorgeschlagen wird. Bis April 2017 soll es einen Abschlussbericht zur Wahl geben, in den alle Kommentierungen aus dem Landes-

verband und externe Quellen einfließen. Darauf aufbauend soll in weiteren Veranstaltungen über die grundlegende strategische Ausrichtung und das praktische Agieren der Partei in der Zukunft beraten werden. In der Begründung des Antrags heißt es klug: „Insbesondere muss herausgestellt werden, worauf wir tatsächlich Einfluss hatten und haben werden. Denn nur dies können wir auch selbst aktiv ändern. (...) Es muss eine Einbindung der gesamten Partei in den Prozess geben.“

Bei der Abstimmung über die Anträge an den Parteitag offenbarte sich eine große Geschlossenheit.

Mit der Bundestagswahl steht die nächste große Herausforderung vor der Tür. Dietmar Bartsch erteilte einem Koalitionswahlkampf für Rot-

Grün eine Absage: „Wir kämpfen für uns und niemand anderen!“

Die Niederlage vom 4.9. sei nicht existenzbedrohend, betonte Heidrun Bluhm. Das sehen manche Genossen anders, aber zumindest ist wohl jedem bewusst, dass die Partei eine tiefe Krise überwinden muss, die nicht nur das Ergebnis einer verfehlten Wahlkampagne ist. Es sei die Stärke der PDS gewesen, nach Niederlagen immer wieder aufzustehen, gab Dietmar Bartsch den Delegierten auf den Weg.

Text: Carsten Penzlin; Fotos: www.original-sozial.de



Dialog anbieten müsse. Aber zieht die AfD nicht den größten Nutzen daraus, wenn man sie ausgrenze, fragte Horst Krumpen aus Wismar.

Also: Mehr Fragen als Antworten. Das ist ehrlich. Der Landesparteitag war nur der Auftakt zu einer langwierigen Debatte in der Partei. Wie lange dieser Prozess dauern wird, ist unklar. Viel Zeit haben wir aber nicht.

Bei nur einer Gegenstimme verabschiedete der Parteitag einen Antrag des Landesvorstandes, in dem nicht nur Gründe für den Wahlausgang benannt werden, sondern auch erste Schlussfolgerungen

Peter Hörnig über den Parteitag



Ich bin Delegierter des 5. Landesparteitages unserer Partei. Ich habe die Möglichkeit genutzt, auf der Außerordentlichen Tagung das Wort zu ergreifen. Um drei Punkte möchte ich meinen Redebeitrag ergänzen.

Alle Wahlkämpfe sind mit großem persönlichen, materiellen und finanziellen Aufwand verbunden. In den letzten Jahren fällt es uns leider immer schwerer, die Gebiete im Kreis, die ohne eigene Basisorganisationen sind bzw. alters- und gesundheitsbedingt Unterstützung benötigen, wahl-

kampftechnisch abzusichern. Wenn es uns nicht im ausreichenden Maße gelingt neue Mitglieder an unsere Partei heranzuführen, können wir diese Aufgaben nur professionell kompensieren. Das wiederum heißt, unser Beitrags- und Spendenaufkommen zu erhöhen und rechtzeitig finanzielle Mittel für Wahlkämpfe zurück zu legen. Ich sehe dafür zwei Wege.

Erstens in den Basisorganisationen das offene Gespräch zu suchen, was die satzungsgerechte Beitragsbezahlung anbetrifft.

Zweitens schlage ich vor, dass jede/r Landtagsabgeordnete/r monatlich eine festzulegende Summe in einen Wahlfonds einzahlt. Denn in fünf Jahren wollen die meisten wieder gewählt werden.

Die außerordentliche Tagung unseres Lan-

desparteitages hat gezeigt, dass all diejenigen, die sich im Vorfeld mit Briefen an die Basis wandten und vor allem über die Medien ihre „Erkenntnisse“ verbreiteten, sich leider nicht auf dem Parteitag der Diskussion gestellt haben. Das ist schon ein sehr merkwürdiges Demokratieverständnis.

Drittens möchte ich mich bei Kay Kröger bedanken, der trotz gesundheitlicher Probleme dafür gesorgt hat, dass alle Termine aus dem Wahlkampfkalender auf den Punkt genau eingehalten wurden.

*Peter Hörnig
Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE. Landkreis Rostock*

Bundesteilhabegesetz

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat am 26. April 2016 den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in die Ressortabstimmung sowie zur Länder- und Verbändebeteiligung gegeben. Kernziele sind, mehr Selbstbestimmung und umfangreichere Teilhabe sicherzustellen sowie in Zukunft staatliche Leistungen wie aus einer Hand zu gewähren. Dem Grundsatz „nichts über uns – ohne uns“ folgend. Das Gesetz zur Sozialen Teilhabe ist ein Vorschlag zur Reform der Eingliederungshilfe durch die Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK). In der BRK ist das Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen festgeschrieben. Damit ist auch die Soziale Teilhabe umfasst. Mit seinem Vorschlag will das Forum behinderter Juristinnen und Juristen (FbJJ) dieses Menschenrecht, das vor allem im Artikel 19 „Selbstbestimmt Leben und Einbeziehung in die Gemeinschaft“ der BRK ausgeführt ist, im deutschen Sozialrecht verankern. Vorrangig geht es bei diesem Gesetzesvorschlag um Änderungen im Sozialgesetzbuch IX (SGB IX).

Gesetze der Großen Koalition halten meistens nicht, was sie versprechen – ganz im Gegenteil. Auch das Teilhabegesetz sorgt nicht dafür, dass die rund 7,5 Millionen Menschen mit Behinderung wirklich gleichberechtigt an der Gesellschaft teilnehmen können, obwohl das in der Behinderten-

rechtskonvention der Vereinten Nationen verbindlich vorgeschrieben ist.

Es ist deshalb kein Wunder, dass Sozial- und Behindertenverbände, und selbst die

Barrierefreiheit ist für alle da! DIE LINKE.

Rund zehn Prozent der Bevölkerung leben mit Behinderungen. Trotzdem sind Barrierefreiheit und Inklusion noch lange nicht selbstverständlich. Dabei profitieren alle davon.

www.die-linke.de

Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Verena Bentele, das geplante Gesetz kritisieren und Nachbesserungen fordern. Denn es bleibt bei den Einkommens- und Vermögensgrenzen für Menschen mit Behinderungen. Aber Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen. DIE LINKE unterstützt ausdrücklich die Forderung der Betroffenen und Verbände nach einer einkommens- und vermögensunabhängigen Unterstützung zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Darüber hinaus drohen Menschen mit Behinderungen durch das Gesetz sogar Verschlechterungen gegenüber der bestehenden Rechtslage: Der leistungsberechtigte Personenkreis wird eingeschränkt, der Grundsatz „ambulant statt stationär“ wird ausgehöhlt, und das Selbstbestimmungsrecht von behinderten Menschen in bestimmten Bereichen eingeschränkt.

Dies steht nicht im Einklang mit der rechtsverbindlichen UN-Behindertenrechtskonvention, auch wenn im Gesetzentwurf Gegenteiliges behauptet wird. Ihr Behinderungsverständnis und die entsprechenden Teilhabeverpflichtungen sind durchgängig im neuen Gesetz zu verankern – beispielsweise auch in § 90. Die Aufgabe der „Eingliederungshilfe“ darf es nicht nur sein, die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe zu fördern, sondern diese zu gewährleisten und zu garantieren. Auch der Begriff der „Eingliederungshilfe“ ist veraltet und sollte im Sinne des Inklusionsgedankens angepasst werden. Leistungen der Eingliederungs-

hilfe sind:

- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation,
- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
- Leistungen zur Teilhabe an Bildung und
- Leistungen zur sozialen Teilhabe.

Seit Jahren ist die „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe“ (SGB XII) in der Diskussion.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitete Eckpunkte (Widerspruch: Einerseits Personenzentrierung/ bedarfsgerecht, andererseits aber Kostenneutralität), die die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder im Oktober 2010 entgegennahm.

Fortsetzung auf S. 6

Bundesteilhabegesetz

Fortsetzung von S. 5

Alle Beteiligten erwarteten nun von der Bundesregierung, einen entsprechenden Gesetzentwurf noch in der 17. Wahlperiode.

Dies geschah jedoch leider bekanntermaßen nie.

Bund, Länder und Kommunen haben sich dann im Sommer 2012 im Rahmen der Fiskalpakt-Vereinbarung darauf verständigt, in der nächsten Legislaturperiode ein neues Bundesleistungsgesetz (BLG) für Menschen mit Behinderungen zu schaffen, das die rechtlichen Vorschriften der Eingliederungshilfe in der bisherigen Form ablösen soll.

Menschen mit Behinderungen und ihre

Fachverbände und Selbstvertretungsorganisationen erwarteten, dass sich der Bund finanziell an einem Bundesleistungsgesetz maßgeblich beteiligt.

Ziel sollte sein, die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Daher unterstützt DIE LINKE den Entwurf für ein Gesetz zur Sozialen Teilhabe (GST) des Forums behinderter Juristinnen und Juristen (FbJJ) und die Grundzüge für ein Bundesleistungsgesetz der Fachverbände für Menschen mit Behinderungen sowie das Positionspapier des Deutschen Behindertenrates zur Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes – ebenso auch die Gemeinsame Positionierung des Deutschen Behindertenrates, der Bundesarbeitsge-

meinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und der Fachverbände für Menschen mit Behinderung zur Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes.

Dafür muss flächendeckend eine soziale, inklusiv ausgestaltete Infrastruktur und umfassende Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen sowie der Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige Teilhabeleistungen festgeschrieben werden. Werden den Kommunen solche Aufgaben übertragen, müssen die entsprechenden finanziellen Mittel auch durch den Bund bereitgestellt werden.

Susanne Krone

Aus der Niederlage lernen - Eine Analyse zur Landtagswahl 2016

Das Ergebnis der Landtagswahl war für die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern ein Schock. Im Folgenden wollen wir versuchen, diese Niederlage zu erklären.

Betrachten wir zuerst die Ausgangslage, die gar nicht so schlecht war: Die Reihen der LINKEN waren zum Wahlkampf fest geschlossen. Die strategischen Ziele der Partei zur Wahl wurden zu einem sehr frühen Zeitpunkt nahezu einstimmig beschlossen; dasselbe gilt für das Wahlprogramm. Auch die Aufstellung der Kandidaten erhielt breite Zustimmung. DIE LINKE war inhaltlich sehr gut aufgestellt, mit unserer Kampagne „Das muss drin sein“ gegen prekäre Arbeit, mit der Kampagne gegen Kinderarmut, auch mit unserem Engagement für den Volksentscheid über die Gerichtsstrukturreform und für den Erhalt der Südbahn. Auch die Bilanz der Landtagsfraktion war solide, wenn auch öffentlich zu wenig wahrgenommen.

Die Stimmung in der Partei war also gut, aber die Stimmung bei den Menschen im Land war auch gut, was für uns als Opposition eher nachteilig war. Das Geschrei der AfD-Wähler gegen die „Altparteien“ und „Volksverräter“ bildet eben nur einen Teil der

Gesellschaft ab. Meinungsumfragen zeigen, dass 61% der Menschen mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden bzw.

sehr zufrieden waren, eine Steigerung um 6 Prozentpunkte seit 2011. 77 Prozent der Befragten schätzten ihre wirtschaftliche Situation als gut bzw. sehr gut ein. Selbst

haben sich viele mit ihrer persönlichen Lage arrangiert, auch wenn diese nicht so rosig ist wie in anderen Bundesländern.

Mit der Arbeit von Erwin Sellering waren 73 Prozent der Menschen sehr zufrieden oder zufrieden; hier konnte die SPD von der gestiegenen Bedeutung der Personalisierung bei Landtagswahlen profitieren. Horst Kahrs schreibt hierzu: „In unübersichtlichen Zeiten zählt das Vertrauen in Personen umso mehr.“ Aber die SPD hatte auch in nahezu allen Kompetenzfeldern einen großen Vorsprung vor den Mitbewerbern. Sie überzeugte also durch Personal **und** Inhalt. Man kann konstatieren: Eine Wechselstimmung gab es nicht, bzw. nur bei einer Minderheit. Nur wenige Menschen wünschten sich eine rote-rote oder rot-rot-grüne Koalition. Sie wünschten sich vor allem Stabilität.

Kommen wir zum Ergebnis der Wahl. Das Resultat von 13,2% ist das bislang schlechteste Wahlergebnis seit 1990 (15,7%). Wir stellen künftig die kleinste Fraktion im Landtag. DIE LINKE verlor rund 19.000 Zweitstimmen oder 15,4 % ihrer Wähler. Diesen Abwärtstrend gibt es seit 2002, insbesondere bei der Zahl der absoluten Stimmen ging es

stetig bergab.

Unsere treuesten Wähler sind die über 70-jährigen; überdurchschnittlich vertre-



Eva-Maria Kröger und Karsten Kolbe vertreten nun Rostock im Landtag



Erster! Ist das eine politische Aussage?

die Anhänger der LINKEN betonten in nahezu gleichem Maße wie jene der SPD, dass sie zuversichtlich sind. Offenkundig

KLARTEXT

ten sind wir auch bei den 18-24-jährigen (14%). Die größten Probleme haben wir bei den Wählern mittleren Alters (10%); hier gab es auch die größten Verluste in Richtung AfD, also gerade die Menschen, die mitten im Arbeitsprozess stehen und z.B. uns den Mindestlohn verdanken.

Schauen wir auf die Ergebnisse in Rostock: Bei den Erststimmen fielen wir von 24,3% auf 19,5%, bei den Zweitstimmen von 22,2% auf 16,7%. Bei den Stimmanteilen haben wir also deutlich verloren. Bei den absoluten Stimmzahlen sieht es aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung etwas anders aus: Bei den Erststimmen haben wir 284 Stimmen (1,4%) gewonnen, bei den Zweitstimmen 1105 Stimmen verloren (6%).

Es zeigt sich, dass wir in den Neubaugebieten durchweg Verluste in der Zweitstimme, teilweise massiv, aufzuweisen haben. Dies zeigt sich insbesondere in Lütten Klein (-537 Stimmen), Evershagen (-327), Lichtenhagen (-254), Groß Klein (-236) und der Südstadt (-226).

Dem gegenüber konnten wir in der KTV (+796), Stadtmitte (+453) und dem Hansaviertel (+112) Zuwächse bei der Zweitstimme verzeichnen. Dieses ambivalente Bild spiegelt sich auch bei den Erststimmen wieder, hier konnten wir in zwei der vier Rostocker Wahlkreise absolute Gewinne zu verzeichnen. Phillip Bock hat in Stadtmitte (+671) sehr stark abgeschnitten. Das beste Erststimmen-Ergebnis in absoluten Zahlen hat Eva eingefahren (+1700); sie konnte in allen Stadtteilen zulegen, am meisten in der KTV (+1173).

Wir haben in unseren klassischen Hochburgen verloren. Dort, wo sich die Bevölkerung verjüngt hat (KTV/Stadtmitte/Hansaviertel) und wo junge Menschen mit einem hohen Bildungsniveau leben, haben wir sehr viel besser abgeschnitten. Die Wahlbeteiligung war in Rostock übrigens sehr unterschiedlich: Am höchsten im Ortsteil Gartenstadt/Stadtweide (81,3%), am niedrigsten in Toitenwinkel (48,6%).

Positiv zu bewerten ist natürlich das Abschneiden der NPD, deren Wähler in Scharen von AfD abwanderten; die NPD landete in den Rostocker Wahlkreisen zwischen 0,8 und 2,6%. Die Nazis verschwinden aber nicht, sie werden sich nur anders organisieren und sicher auch radikalisieren. Die AfD hatte ihr bestes Ergebnis in Rostock im Wahlkreis I mit 21,4%, das schlechteste im Wahlkreis von Holger Arppe mit 12,2% (zum Vergleich: in Peenemünde kamen NPD und AfD auf 52,4%). Die Wähler der AfD kamen zu 40% von Nichtwählern des Jahres 2011, an-

sonsten von fast allen anderen Parteien: NPD, CDU, LINKE, SPD. Für 82 Prozent der AfD-Wähler war das Thema Flüchtlinge wahlentscheidend. Die AfD wurde also vor allem als Flüchtlingsverhinderungspartei gewählt

Die AfD hat erfolgreich an bestehende Ressentiments in Teilen der Bevölkerung appelliert: einerseits der Fremdenhass, andererseits auch der Sozialneid. Es gibt auch eine wachsende Unzufriedenheit mit der Demokratie, ein Gefühl der Fremdbeherrschung durch abgehobene Politiker, aber auch durch die Globalisierung. Die AfD erschien vielen als geeignetes Instrument, um den etablierten Parteien einen



Denkzettel zu verpassen. Sahra Wagenknecht sagt hierzu: „Nicht wenige wählen AfD faktisch in einer Art Notwehr, um auf sich aufmerksam zu machen. Auch weil sie das Gefühl haben, den anderen Parteien damit die größtmögliche Ohrfeige geben.“ Das betraf insbesondere die Menschen in Vorpommern, die sich von der Politik vergessen fühlen. Keine Partei, auch wir



Der Showtruck in Lütten-Klein kam sehr gut an.

nicht, fand einen erfolgreichen Ansatz zur „Entzauberung“ der AfD.

Und warum konnte unsere Partei von dieser Unzufriedenheit nicht profitieren? Gregor Gysi und Klaus Lederer (Berliner Landesvorsitzender) haben kürzlich in einem Papier ein grundsätzliches Problem angesprochen: Der Aufstieg der Partei DIE LINKE verdankte sich auch der Hoffnung der Menschen, mit dem Kreuz auf dem Stimmzettel die herrschende Politik zu än-

dern. Aber auch DIE LINKE konnte keine großen Veränderungen im Bund durchsetzen, nur kleine Veränderungen in Ländern und Kommunen. Diese Veränderungen haben für sich ihren Wert. Die gesellschaftliche Tendenz, dass jeder verzweifelt für sich darum kämpft, dem sozialen Abstieg und der Unsicherheit zu entgehen, konnte jedoch nicht gestoppt werden. Nur wenige Menschen trauen uns als Linkspartei zu, in Regierungsverantwortung wirklich etwas umzusetzen, und zwar wichtige Dinge, nicht irgendeinen Kleinkram.

Abgesehen von diesem grundsätzlichen Problem kam nun hinzu, dass die Flüchtlingsfrage alle anderen Themen im Wahlkampf überlagerte – in den Medien und den Gesprächen. Das war sehr nachteilig für uns. Erstens konnten wir mit Sachargumenten in diesem stark von Stimmungen geprägten Wahlkampf nicht durchdringen. Das heißt, wir konnten mit unseren gewohnten Stärken nicht punkten: soziale Gerechtigkeit, die Bildungs- und Familienpolitik, die Frage gerechter Löhne; interessanterweise gab es in diesen

Themen bei den Kompetenzwerten für unsere Partei keine Veränderungen, aber es hat uns nichts genutzt, denn diese Fragen, wegen derer wir sonst gewählt werden, spielten im Wahlkampf kaum eine Rolle. Unser Wahlkampf konzentrierte sich auf Landesthemen, was für DIE LINKE grundsätzlich ein Problem ist, da sie stark von der Bundespolitik abhängt.

In der Flüchtlingsfrage fanden wir mit unserer Haltung wenig Unterstützung bei den Wählern; nur 12% unserer Wähler haben uns wegen unserer offenen Haltung gegenüber den Flüchtlingen gewählt. Selbst von den verbliebenen LINKE-Wählern sagt ein Drittel, dass wir das Thema Flüchtlinge viel zu positiv sehen; zwar haben nur 23% der LINKEN-Wähler Angst vor Flüchtlingen, aber 72% sagen, die Zahl der Flüchtlinge müsse begrenzt werden. Das ist eine sehr differenzierte Sichtweise, was auch erklärt, warum viele Genossen und Sympathisanten Sahra Wagenknechts Positionen unterstützen.

Wir wollen aber nicht so tun, als sei DIE LINKE nur Opfer der Umstände und Verhältnisse geworden. Es gab auch hausgemachte Fehler, z.B. die viel kritisierte Wahlkampagne. Wir haben seit Beginn des Wahlkampfes deutlich an Zustimmung eingebüßt, obwohl es keine gravierenden Ereignisse gab, die uns hätten schaden können. Hier ließe sich vieles ansprechen. Unser Wahlkampfmaterial (Ringbücher, Wahlzeitung) war sehr textlastig: Wer liest



Wir haben teilweise einen frechen Wahlkampf geführt mit vielen witzigen Sprüchen und Gags, aber sind die Zeiten nicht zu ernst für einen solchen lustigen Wahlkampf? Zu viele Sprüche hatten keinerlei politische Substanz. In den Wahlkampfmaterialien kam keine einheitliche Strategie zum Ausdruck, sondern einzelne Forderungen standen isoliert nebeneinander. Wir hatten das umfangreichste Wahlprogramm,

das eigentlich? Es wäre vielleicht gut gewesen, in den letzten Tagen unentschlossene Wähler mit einem Flyer zu umwerben, in dem ganz kurz unsere Kernforderungen umrissen werden. Der Rostocker Kreisvorstand schaltete in der Woche vor dem 4.9. zumindest noch eine entsprechende Anzeige bei TV.Rostock.

Kritik gab es am Spitzenkandidaten: Die Partei hat Helmut Holter mit überwältigender Mehrheit gewählt, sie hat hinter ihm gestanden, und er hat einen engagierten Wahlkampf geführt. Aber die Kampagne um ihn herum war handwerklich miserabel gemacht, seine Plakate funktionierten nicht. Helmut hatte gute Auftritte in Rostock, in der Wahlkampagne kam er sehr hölzern rüber (TV-Spot).

Der Wille zum Mitregieren kam im Wahlkampf zu deutlich zum Ausdruck. Der Rostocker Kreisvorstand hatte frühzeitig angemahnt, nur unsere Inhalte in den Vordergrund zu stellen anstatt ständig zu betonen, dass wir wieder mitregieren wollen – umsonst! Im Wahlkampf haben wir uns dann doch als Regierungspartei im Wartestand vorgestellt. Unsere Forderungen lasen sich ja wie Punkte aus einem künftigen Koalitionsvertrag, wobei es uns nicht einmal gelungen ist, uns thematisch von der SPD und den Grünen abzusetzen, also ganz eigene Themen zu finden; kostenlose Kitas oder mehr Geld für Vorpommern – diese Forderungen fanden sich auch bei anderen Parteien.

Vieles erinnert an den Wahlkampf der Linken in Sachsen-Anhalt; warum hat man aus der Niederlage dort nichts gelernt?

was einer Konzentration auf Kernthemen im Wege stand. Den meisten Wählern blieb unklar, wie unsere Vorstellungen einer besseren Gesellschaft aussehen.

Alternativ könnte man überlegen, ob man in Zukunft keine einheitliche Wahlkampagne für das ganze Land macht, sondern lokale Themenschwerpunkte setzt; wir hatten ja in Rostock einen Themenkatalog ausgearbeitet und der kam in der Wahlzeitung auch zum Tragen, daran sollten wir anknüpfen. Wichtig ist auch eine Profilbildung der lokalen Kandidaten anhand regionaler Themen und in Abgrenzung zu den Profilen der Gegenkandidaten. Als Beispiel ließe sich hier der Wahlkampf von Eva-Maria Kröger gegen Mathias Brodkorb anführen.

Wir haben im Wahlkampf sehr auf das Thema Heimat gesetzt: „Aus Liebe zu M-V“. Dazu gab es in der Partei einige Skepsis, aber auch viel Zustimmung. Wir müssen uns eingestehen, dass dieser lokalpatriotische Ansatz beim Wähler nicht verfangen hat, weil es einfach für eine linke Partei ein ganz ungewöhnlicher Ansatz ist und weil die anderen Parteien genau den gleichen Schwerpunkt gesetzt haben. In Sachen Emotionen haben wir sehr auf Liebe gesetzt („Diese Liebe hält länger als

einen Sommer“), und wir lieben ja auch die Menschen, deswegen machen wir ja Politik. Wir wollten dem Hass der Rechten etwas entgegensetzen („Hass ist krass, Liebe ist krasser“). Aber auch diese Strategie hat uns eher geschadet. Wenn es um Emotionen geht, dann müssten wir als Protestpartei doch eher die Emotion WUT ansprechen, Wut über Kinderarmut, unterfinanzierte Kommunen und bürgerferne

Entscheidungen. Die Wut der Menschen muss in Richtung linke Politik kanalisiert werden.



Wenn wir eine Gesamtbilanz für Rostock ziehen, kann man sagen, dass wir dank unserer tollen Kandidaten bei der Erststimme ein leichtes Plus aufweisen können. Unsere Direktkandidaten lagen bis zu 5,3 Prozentpunkte über dem Zweitstimmenergebnis. Bei den Verlusten in der Zweitstimme sind wir immer noch deutlich besser als DIE LINKE in ganz MV. Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass es vor fünf Jahren noch keine Konkurrenz durch die AfD gab; angesichts dieser Umwälzungen im Parteiensystem haben wir uns in Rostock wacker geschlagen. Es soll also niemand sagen, der Wahlkampf war umsonst, sondern ganz im Gegenteil, der Wahlkampf hat sich gelohnt, weil es uns gelungen ist, dem Abwärtstrend der LINKEN etwas entgegenzusetzen und Potenzial für die Zukunft aufzuzeigen. DAS IST DOCH WAS!

In der Novemberausgabe des KLARTEXT wollen wir Euch über erste Schritte des Landesverbandes und der Kreisverbände auf dem Weg zu einer Erneuerung der Partei informieren.

Text: Carsten Penzlin, auf der Basis zahlreicher interner und externer Quellen und Analysen

Fotos: DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Auswertung der Landtagswahl in den Wahlkreisen des Landkreises Rostock

Landesweit erzielte DIE LINKE folgende Zweitstimmenergebnisse:

1990 - 15,7 %; 1994 - 22,7%; 1998 - 24,4%; 2002 - 16,4%; 2006 - 16,8%; 2011 - 18,4%; 2016 - 13,2%.

Der Umstand, dass unsere Landtagskandidaten ausschließlich über die Landesliste gewählt wurden, bewog mich, mir vor allem die Zweitstimmenergebnisse in unse-

ren Wahlkreisen genauer anzusehen.

Vor 5-, 10- und 15 Jahren hatten wir im jetzigen Kreisgebiet immer zwei Landtagsabgeordnete. Zuerst Karin Schmidt und Birgit Schwebs, dann Prof. Dr. Fritz Tack und Birgit Schwebs. In den letzten fünf Jahren musste Fritz die Arbeit allein bewältigen und nunmehr wird es Karen Larisch überlassen sein. Klar ist, dass es im viert-

größten Flächenkreis der Bundesrepublik kein Abgeordneter allein schaffen kann. Wir haben also weniger Personal, weniger Geld und weniger Parteimitglieder und darum ist m.E. die Konzentration auf Schwerpunkte erforderlich.

Nun zu den Zahlen:

Wir erhielten im Landkreis insgesamt

12.931 Zweitstimmen = 11,6%. Davon im Wahlkreis 11 3.302, im Wahlkreis 12 4.101, im Wahlkreis 15 2.618 sowie im Wahlkreis 16 2.910 Stimmen.

Das heißt, dass wir mit diesem Ergebnis unter dem Landesdurchschnitt von 13,2% liegen. Die durchweg höhere Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 11 und 12, im Landesvergleich sogar die höchsten Wahlbeteiligungen außer im Wahlkreis Rostock 3, hat uns aber keine Zuwächse erbracht, außer möglicherweise im Wahlkreis 15.

Im Wahlkreis 11 (Susanne Krone) erzielten wir 28.363 gültige Stimmen, die Wahlbeteiligung lag bei 66,8%, 2011 lag sie bei 55,5%. Das Zweitstimmenergebnis lag absolut bei 3.302 Stimmen = 11,6%. Zum Vergleich 2011, waren es 4.497 Stimmen = 16,9%, wir haben also 1.195 Stimmen verloren.

Susanne Krone hat neben ihrer beruflichen Tätigkeit einen sehr intensiven Wahlkampf geführt, der bereits Monate vor der Wahl begann. Susanne fing faktisch bei null an, da sie im Wahlkreis unbekannt war und das geht nicht von heute auf morgen.

Wir haben im Wahlkreis 11 den absolut höchsten Stimmenverlust. Das liegt neben den gesamtgesellschaftlich wirkenden Stimmungslagen meiner Meinung nach auch an den Bedingungen des Wahlkreises, nämlich: Die Folgen der Kreisgebietsreform für die Region. Bad Doberan – in allen möglichen Bereichen eine Nebenstelle, von der Kreisverwaltung über die Berufsschule – und ständig wird gemutmaßt, dass perspektivisch sicher die Schließung droht. Denn Nebenstellen werden naturgemäß als erste geschlossen. Und wenn Kreistagssitzungen – begründet durch technische Probleme – ein Jahr lang in Bad Doberan nicht stattfinden, dann wird auch dieser Umstand entsprechend gewertet, nämlich so, dass die Region vernachlässigt wird. Die Folge der Neuordnung der Amtsgerichtsstruktur, sprich die Schließung des Amtsgerichtes in Bad Doberan und die mangelnde Solidarität in dieser

Frage durch den Güstrower Raum tat sein übriges. Im Vergleich zu Güstrow war der Altkreis Bad Doberan finanziell gut aufgestellt und damals wurde von der anderen Seite in dieser Frage Solidarität eingefordert.

Alles in allem herrscht im Altkreis Bad Doberan viel Unzufriedenheit. Die SPD-Landtagsabgeordnete Stefanie Drese ist vor Ort, persönlich und mit einem Büro, und ebenso der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Junge, ist gleichfalls nicht unwichtig.



Im Wahlkreis 12 (Peter Georgi) wurden 32.527 gültige Stimmen für uns abgegeben, bei einer Wahlbeteiligung von 69,7% (2011: 59,1%).

Das Zweitstimmenergebnis lag hier absolut bei 4.101 (12,6%) Stimmen, also 704 Stimmen weniger als 2011. Das Besondere in diesem Wahlkreis ist, dass Peter Georgi 1.031 Erststimmen mehr erhielt, als die Partei. Das ist ein Ergebnis von 15,8% und damit wirklich erwähnenswert. Der Kandidat überzeugte offensichtlich, die Partei eher weniger.

Die Folgen der Kreisgebietsreform schlagen hier meiner Meinung nach nicht so deutlich zu Buche, weil der alte Kreis „Rostock Land“ seine Verwaltung in der Hansestadt hatte und ebenso die Gerichtsbarkeit, der Focus lag eher auf Rostock.

Karin Schmidt im Wahlkreis 15 erhielt 23.558 gültige Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,2% im Vergleich zu 48,8% im Jahr 2011. Bei den Zweitstimmen erlangte unsere Partei 2.618 (11,1%). 2011 waren es 2.640 (15,9%).

Karin Schmidt war auch 2011 die Direktkandidatin, und entweder ist es ihr gelungen, ihre Wählerinnen und Wähler zu halten oder aber sie hat Stimmen durch die höhere Wahlbeteiligung dazugewonnen, denn die Differenz liegt bei 22. Bei den Erststimmen gibt es sogar ein Plus von 28.

Der Wahlkreis 16 (Karen Larisch) brachte

uns 26.265 Stimmen, mit einer Wahlbeteiligung von 59,2%, 2011 waren es 47,2%. 2.910 Zweitstimmen (11%) im Jahr 2016 stehen 3.682 Stimmen aus dem Jahr 2011 (17,2%) entgegen. Hier wurden im Vergleich zu 2011 772 Zweitstimmen weniger für uns abgegeben. Karen war unsere Direktkandidatin, und es ist nicht so sehr verwunderlich, dass Wahlkampfauftritte von rechten Parolen beeinträchtigt wurden und möglicherweise auch das Gesamtergebnis, da ihr Auftreten gegen die NPD seit Monaten eine große Rolle spielt.

Interessant sind die Briefwahlergebnisse der 263 Wahlbereiche. Sehr viele Briefwähler haben sich für uns entschieden. Im Wahlkreis 12 über 1.000, was einem Viertel aller Stimmen entspricht, das ist enorm. Erwähnen möchte ich auch, dass Peter Georgi nicht nur bei der Briefwahl, sondern in mehreren Bereichen, erstaunlich gute Ergebnisse erreichte. Diese lagen zwischen 18,8 und 21,9%. In Graal-Müritz, einer Kommune mit vielen linken Wählerinnen und Wählern, lag Peter bei den Erststimmen sogar in einem Wahlbereich mit dem Wahlsieger gleichauf, auf Platz 1, das entsprach in diesem Fall 25,5%.

Graal Müritz, Dummerstorf, Amt Warnow West und Sanitz (bei der Briefwahl), haben besonders gute Ergebnisse für uns gebracht. Im Wahlkreis 11 waren es die Kommunen Biendorf, Carinerland, Am Salzhaff und bei der Briefwahl Bad Doberan, Kröpelin und Satow 2. Positiv fallen im Wahlkreis 15 Benitz, Krakow am See 2, Hohen Spreng, Vorbeck und Dahmen sowie bei der Briefwahl Teterow auf. Im Wahlkreis 16 Tarnow 2, Klein Upahl und Bernitt 4.

Wir sind in der Fläche präsent, haben engagierte und geachtete Kommunalpolitikerinnen und trotzdem haben wir Stimmen eingebüßt, so dass letztlich unser Einfluss im Landtag und unsere Möglichkeiten Landespolitik mit zu bestimmen, gesunken sind.

12.931 Menschen im Landkreis Rostock schenkten uns ihr Vertrauen. Das ist ein politischer Auftrag!

*Adriane van Loh
Mitglied Landesausschuss DIE LINKE.M-V*



Rostocker Friedensbündnis begeht den „Tag der deutschen Einheit“

Mit einer coolen Aktion haben Cornelia Mannewitz und das Rostocker Friedensbündnis am 3. Oktober ein Zeichen für den Frieden gesetzt. Sie verkleideten die Kanonen auf dem Rostocker Kanonsberg mit rosa Selbstgestricktem. Der Einfallsreichtum der Friedensfreunde fand sogar Eingang in die lokale Presseberichterstattung. Hoffentlich bleibt die Verkleidung möglichst lange erhalten.

Foto: Inge Kriegel

Bericht vom 28. Kooperationsstreffen des Landessenorenbeirates am 5.9.2016

Begrüßung

Herr Rosenheinrich (Vorsitzender des Landessenorenbeirates) begrüßt die Anwesenden und führt ins Thema „Integration von Migranten“ ein. Er wirbt um Verständnis und Akzeptanz für Migranten.

Aufgaben und Probleme der Integration von Migranten und Geflüchteten in M-V, Vortrag Peter Hermannsen, Referatsleiter 450 – Zuwanderung und Integration, Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales

Gleich zu Beginn nannte Herr Hermannsen einige Zahlen:

Derzeit kommen pro Monat etwa 100 Flüchtlinge

2012 waren es im ganzen Jahr 1.200

2013 waren es im ganzen Jahr 2.300

2014 waren es im ganzen Jahr 4.400

2015 kamen 20.000

2012 lebten insgesamt 34.000 Ausländer (inkl. EU-Bürger) in M-V, dies sind 2,1 % der Bevölkerung; 2015 waren es 65.000 Ausländer (inkl. EU-Bürger) in M-V, dies sind 4,1 % der Bevölkerung. In der vorgenannten Zahl sind etwa 1.000 abgelehnte Asylbewerber, die nicht abgeschoben werden können (z. B. deutsche Kinder, keinen Paß, keine Rücknahme ins Herkunftsland (Magreb)).

Der Anteil der über 60-jährigen betrug 2015 1,5 % = 509 Personen.

Die vordringliche Arbeit sieht das Ministerium bei der Integration der Migranten. Nach der Erstaufnahme werden diese an das Integrationsbüro weitergeleitet. Dies erhebt einen Status bei Gesundheit, Bildung, Familiensituation (Kinder) etc. Integrationslotsen kümmern sich individuell um jeden Einzelnen (Weiterbildung, Ausbildung, Traumata, Kinderunterbringung, Arbeitssuche etc). Es stehen 500 T€ für die Beratung der Migranten zur Verfügung. Ein Integrationsfonds fördert Projekte zur Integration. Aktuelle Aufgaben sind Hilfestellung bei der Überschreitung der Schwelle vom Asylbewerber zum anerkannten Flüchtling. Dies beinhaltet einen hohen Beratungs- und Unterstützungsbedarf.

Trauma und psychologische Beratungsstellen stehen in Schwerin und Mecklenburg zur Verfügung. Das Bildungsniveau ist vom jeweiligen Herkunftsland abhängig (Syrien fast identisch mit unserem). Oft ist unsere Ausbildung nicht mit dem Herkunftsland

kompatibel (z. B. Afghanistan). Asylbewerber aus Iran, Irak, Syrien, Eritrea und Somalia haben eine Anerkennungsquote von über 50 %.

Herr Hermannsen betont abschließend, daß eine Versachlichung der Flüchtlingsdebatte wichtig ist. Er ruft alle Anwesenden dazu auf, dies mitzutragen. Er unterstreicht, daß die oben genannten Zahlen absolute Richtigkeit haben. Er bittet, den Dank des Ministeriums an alle Ehrenamtlichen weiterzureichen.

Unter www.willkommeninmv.de sind alle Angebote des Sozialministeriums nachzulesen.

Situation älterer Geflüchteter in M-V, Vortrag von Ulrike Seemann-Katz, Vorsitzende des Flüchtlingsrates M-V e.V.

2015 wurden in Deutschland 441.899 Erstanträge auf Asyl gestellt, davon 5.400 in M-V. Im letzten Jahr lebten insgesamt 1,2 Mio. Migranten in Deutschland. Die Verteilung der Asylbewerber erfolgt nach dem „Königsteiner Schlüssel“ (der jährlich neu berechnet wird), d. h. 2,02906 % aller registrierten Flüchtlinge kommen in diesem Jahr nach M-V. Nach geltendem EU-Recht sind ältere Migranten wegen Traumata, Schwerbehinderung etc. besonders schutzbedürftig. Zu diesem Thema wurden verschiedene Forschungsaufträge vergeben, deren Ergebnisse noch nicht vorliegen. Interkulturelle Forschung betrachtet in der Hauptsache allgemeine Integrationshürden, Genderspekte, Religionsfragen, Diskriminierungserfahrungen.

Ältere Migranten haben Schwierigkeiten neu zu lernen (Sprache, Bildung Umgebung) Die allgemeinen Probleme unterscheiden sich nicht von anderen Älteren: Mobilität, Gesundheit, Wohnen, Armut, Einsamkeit.

M-V muss Wohnorte und Zahlen von Älteren ermitteln für Integrationskonzept. Dies beinhaltet mit ehrenamtlicher Unterstützung: Vermittlung von Deutschkenntnissen, Behördenbegleitung, Begleitung bei Arztbesuchen, Unterstützung bei der Feststellung einer Schwerbehinderung, Beurteilung der Unterbringung, Freizeit- und/oder Alltagsgestaltung, Ausflüge, Hobby. Frau Seemann-Katz bittet Migranten zu unterstützen und vor allem zu älteren Migranten Kontakt aufzunehmen.

Impfschutz für ältere Bürger, Vortrag Dr. Jörg Pieper, Regional Manager Policy Affairs – Sanofi Pasteur MSD GmbH

Als Nachweis ist der Impfausweis ein wichtiges Dokument. Bereits 1796 wurde die erste Impfung gegeben; sie war gegen Pocken. Seit 1980 ist die Welt pockenfrei. Es gibt einen Impfkalendar, aus dem ersichtlich ist, welche Impfung im jeweiligen Alter ansteht.

Die Wichtigkeit der Vorsorgeimpfung für Ältere und chronisch Kranke wird betont, da die Sterblichkeitsrate bei entsprechenden Erkrankungen (Grippe, Masern, Röteln, Keuchhusten, Lungenentzündung) über 65 Jahre höher ist, als bei jungen Menschen.

Auswertung des IX. Altenparlaments 2016 und 1. Gedanken zum X. Altenparlament (AP), Vortrag des Vorsitzendes des Landessenorenbeirates

Herr Rosenheinrich stellte die Auswertung der abgegebenen Fragebogen vor, erläutert sie und begründet einige Entscheidungen.

Bereits im Frühjahr 2017 wird mit der Vorbereitung des 10. APs begonnen. Er bittet um Einreichung von Themen für die Leitartikel. Er kann sich vorstellen, daß das 10. AP mit einem Festvortrag verbunden werden kann. Nach Abstimmung des Termins für das 10. AP mit der Landtagspräsidentin erfolgen die Anschreiben des Landessenorenbeirates an die Mitgliedsinstitutionen, hier geht es um die Meldungen wer Mitglied im Organisationskomitee werden kann.

Nach dem derzeitigen Delegiertenschlüssel kann die LAG DIE LINKE zwei Delegierte ins Altenparlament entsenden.

Schwerpunktaufgaben, Termine der anwesenden Seniorenorganisationen

Die Anwesenden erläutern ihre Programme.

Für die LAG Senioren habe ich den Besuch unserer Landesvorsitzenden, Heidrun Bluhm, genannt (der noch nicht terminiert ist) zum Thema „Wohnformen und Wohnen im Alter“. Des Weiteren werden wir gemeinsam mit der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik über die im letzten Jahr beschlossenen Regelungen zur Sterbehilfe sprechen. Ferner nannte ich das 25-jährige Bestehen der BAG Senioren, das am 1.10.2017 in Berlin gefeiert wird.

*Ute Kampschulte
LAG Senioren*



Kuba 57 Jahre nach der Revolution

Ein Zwischenfall in Santiago

Heute erzähle ich mal eine Episode, die einiges über Kuba aussagt.

Erst unmittelbar vor meiner Reise erfuhr ich, dass das Visum nur für 30 Tage ausgestellt wird und die Verlängerung um weitere 30 Tage in Kuba beantragt werden muss. Das wollte ich in Santiago machen, doch niemand konnte mir sagen, wo das möglich war. Schließlich fragte ich in einem Reisebüro und man sagte mir im Osten Santiagos in Ferreiro gäbe es ein entsprechendes Amt, ohne dass man mir die genaue Adresse sagen konnte.

Ich machte mich auf den Weg, legte 3 km zurück und dann begann mich durch zu fragen. Ich wurde von "Hinz zu Kunz" geschickt. Aus meiner Kindheit kenne ich den Spruch: "Wer viel fragt, geht viel in die Irre." Das traf hier zu. Doch zuletzt riet man mir zum Immigrationsamt zu gehen, und dort war man zwar nicht zuständig, doch ich erhielt die relativ genaue Adresse, keine Hausnummer aber Aguilera zwischen Straße 4 und 5. Also hätte ich meine Straße überhaupt nicht verlassen brauchen und hätte den Weg von der 608 (?) bis zur 1114, wie sich dann herausstellte in einer halben Stunde leicht geschafft.

Doch dort traf mich das nächste Missgeschick. Ich stieg die Treppen hoch zum 2. Stock und ich wartete demütig, dass man mich eintreten ließ. Da kam eine Angestellte an mir vorbei, in schicker Dienstkleidung mit langen Hosen wie alle Frauen und Männer bei irgend-welchen Institutionen, und wies mit Zeigefinger und abfälliger Miene auf meine kurze Hose hin. Ich wusste nicht, was das sollte, und sagte für mich erstaunlich schlagfertig: "No quiero trabajar aquí." (Ich möchte hier nicht arbeiten!) Doch das half nicht.

Die nächste Angestellte, die mich nach meinem Wunsch fragte, sagte mir kurz und knapp nach vorheriger Verständigung mit den weiteren Angestellten, drei Frauen zwischen 30 und 40, ich solle nach Hause gehen, mir eine lange Hose anziehen und dann wiederkommen. Das alles bei 32 °C und einem nochmaligen Weg von 4 km. Ich hatte nur eine lange Hose mitgenommen und das war eine dicke Winterhose für Hamburg Mitte Februar für die Rückfahrt. Ich fand, dass man mit Rücksicht auf mein hohes Alter (71 J) etwas freundlicher mit mir hätte verfahren können. So bin ich ausgerastet und habe mit meinem bisschen Spanisch geschrien: „Soy comunista alemán y pienso que Raúl no piense así.“ (Ich bin ein deutscher Kommunist und denke,

dass Raúl nicht so denkt.“), und dass ich bereits viermal auf Kuba war und 1993 mit Cuba Sí. Das nahm eine Angestellte zum Anlass zu sagen, dass Cuba Sí ihr bekannt sei und schon viel Gutes für Kuba getan hätte.

Eine Kubanerin, die auch gerade in diesem Raum abgefertigt wurde, offenbar lebte sie schon lange in Deutschland, denn sie sprach ohne Akzent Deutsch, drehte sich um und sagte zu mir, dass ich meine Äußerung lieber hätte lassen sollen. Das gäbe sicherlich Ärger für mich. Immerhin war denkbar, dass meinem Antrag auf Aufenthaltsverlängerung nun nicht stattgegeben werde.

Doch zu meinem Glück führte es dazu, dass der Vorgesetzte aus einem Nebenraum kam und zu mir sagte: „Es ist in Kuba Brauch (costumbre) zu Behörden nur in bestimmter Kleidung zu gehen und dazu



gehört immer eine lange Hose.“ Man wolle bei mir aber eine Ausnahme machen, da ich das offenbar nicht gewusst habe. Doch das nächste Mal solle ich mit langer Hose kommen. Damit war ich zufriedengestellt. Die Angestellte fragte mich ab und füllte den Antrag aus. Dann fragte sie nach Wertmarken über 25 CUC. Damit hatte ich nicht gerechnet. Geld hatte ich ausreichend mit, doch an Wertmarken hatte ich nicht gedacht, da ich davon ausgegangen war, dass eine staatliche Behörde berechtigt ist, Gebühren in CUC einzuziehen. Doch hatte ich bereits 2010 mit Wertmarken Bekanntheit gemacht, als meine Tochter mich bat, diese für sie aus dem Stadtzentrum zur Bezahlung der Kindergarten-Gebühr für meine kleine Enkelin mitzubringen, und es mir dank der Hilfe einer jungen Kubanerin gelang, diese Marken für CUP = MN (moneda nacional) zu kaufen.

Dieses Mal musste ich zu einer Bank am Céspedes-Park gehen, die 3 km entfernt im Westen Santiagos liegt. Durch das Erlebte war ich beim Verlassen des Amtes so aufgeregt, dass ich in die falsche Richtung lief. Nach 1,5 km war die Aguilera zu Ende und ich stieß auf ein Haus. Ich zeigte dort einem Mann meinen Stadtplan und er bestätigte mir, dass ich schon weit über den Plan nach Osten hinausgegangen sei. Ich kehrte um.

Nach über einer Stunde war ich an der Bank, die um 14 Uhr schloss. Es war erst halb Zwei und es waren nur 17 Personen vor mir. Ich konnte bald im Sitzen warten. In der Regel muss man auf Banken, es gibt auf Kuba auch etwas Ähnliches wie unsere Sparkassen, denn ich sah mehrmals "banco de ahorros" (ahorrar = sparen), bis zu einer halben Stunde warten, wenn man an einen der Schalter gehen möchte. Es sind aber stets 10 bis 20 Sitzgelegenheiten vorhanden.

Bekommt man am Eingang keine Nummer, so fragt man, wer der letzte ist. Dann gibt es keine Probleme. Nach einer dreiviertel Stunde Wartezeit bekam ich innerhalb von einer Minute meine Wertmarken. So konnte ich am nächsten Morgen bereits um 8 Uhr zur Aguilera 1114 aufbrechen und als ich vor dem Gebäude meine lange, dicke Hose anzog, waren es noch deutlich unter 32 °C.

Im Flur stieß ich auf eine Kubanerin, Mitte 30, die offensichtlich schon auf mich gewartet hatte und mich auf Deutsch ansprach. Offenbar befürchteten die Frauen dort, die mit meinem Kommen frühmorgens gerechnet hatten, noch Schwierigkeiten mit dem verrückten Deutschen zu haben, und waren froh, eine Kubanerin gefunden zu haben, die mit mir Deutsch sprechen konnte. Als ich ihr sagte, mit unwissenden Ausländern solle man doch etwas anders verfahren als mit Einheimischen, da meinte sie nur lethargisch: „Ja, so ist Kuba eben.“

Jedenfalls wurde mein Antrag nun noch einmal ausgefüllt und ich bekam meine Visumverlängerung. Als ich nach dem Verlassen des Gebäudes wieder meine kurze Hose angezogen hatte, kam auch die junge Frau aus dem Amt. Ich unterhielt mich noch längere Zeit mit ihr, denn sie sagte sofort, dass sie sich freue, mal wieder Deutsch sprechen zu können. Sie arbeite seit zwei Jahren in Wuppertal als Krankenschwester. Einen Teil des Rückwegs konnten wir gemeinsam zurücklegen.

Als ich ihr sagte, dass ich gern meine letzten Lebensjahre auf Kuba verbringen möchte, aber dazu wissen müsste, wo ich wohnen könne, sagte sie mir, sie suche schon seit einiger Zeit einen deutschen Mann für ihre Mutter. Auf ihrem Smartphone zeigte sie mir ein Bild ihrer 55-jährigen Mutter, die mir durchaus gefiel. Meine e-mail-Adresse hat sie, doch gemeldet hat sie sich "noch" nicht.

23. Juli 2016 Günter Althaus

Plattdeutsches von Kurt Kaiser

Kurt Kaiser vertellt oewer:

De letzten drei Rostocker Ströper, Johrgang 1926 (III)

„Na, Jungs, wat seggt Ji nu? SPD un CDU hemm in Berlin verloren, oewer de LINKE hett taunahmen, dat is doch all wat?“

Mit disse Frag, de ick nah denn Berliner Wahl-Sündach an miene ollen Ströperkumpels richt har, hoffte ick unsen traditionellen Dialog oewer aktuelle Fragen glik richtig in Gang taubringen. Un, dor irrte ick mi nich. Tedje leggte ok glik los: „Bi uns Berliner Genossen hett sik de Wahlkampf lohnt, oewer ok bi uns in Meckpom wūr doch kämpft un trotzdem vāl verloren! Wat hemm wi denn falsch makt?“

„Allerhand!“ schimpfte nu Charlie los: „Ick heff doch all ümmer up dat Nichtwählerpotenzial henwiest, dat de Lüd untaufräden sünd. Mit Parolen: ‚Aus Liebe zu MV‘ un ‚Heimat ist dort, wo Familie ist‘ kün´ de LINKEN doch de Untaufträdenen nich för sik mobilisieren! Nu sünd se de groten Verspråkungen von ´n AfD nahlopen, de bāder diagnostiziert hem, wo de Lüd ehr Buhk un Kopp drückt.“

„Dor hest du recht, Charlie“, stimmte Tedje tau: „De Minschen in de wirtschaftlich schwachen Gebiet´ in ´n Osten von Meckpom hemm dat Gefāuhl, in ehre Sorgen nich beacht un awhängt tau sin. Wenn man sik oewerflüssig fāuhlt, kümmt grote Wut up. Dor warden Flüchtlinge tau Sündenbück makt. Dat is de Boden för de AfD, Rechtsextreme un Neonazis!“

Ick möst Tedje rechtgāwen; alltauwāl wūr – besonnens vör Wahlen – verspraken un nich hollen. Phrasen wūr dōscht: *Wi schaffen dat!* 26 Jahr na de Einheit sünd ümmer noch nich de sozialen Unnerschiede twischen Ost un West besiedigt. Un mien Fazit is: Wi bruken ein sozial un kulturell Wend´! Ok de LINKE möt de sozialen Ängste, Probleme un Sorgen von uns Volk iernster nähmen, un mit Taten bewiesen, nur so hemm wi noch Chancen.“

Nu zeigte sich Charlie werrer ´mal as *de Dialektiker* unner uns, de sik vālsiedigt informieren un denn Tausamenhang von Ursak un Wirkung am besten dūhden kann: „Mi hett grad ein Artikel von „Rotfeder“ in KLARTEXT sihr nahdenklich makt. Dor kritisiert se vör denn 4. September (!) de inhaltliche Utrichtung von de Wahlkampmaterialien as nich optimal, de uns politische Situation in ´n Land nich gerecht warden wūr. Wenn man befürchten möst, dat all jeder orer jede Fōffte de AfD wāhlen wull, dat denn in ´n Land doch ein Situation geef, de upzeigt woans dat damals vör 1933 awlopen sin künn.“

Tedje unnerbrök Charlie mit denn Twischenraup: „Dor sünd doch de Nazis

an de Macht kamen, an wierer wat kann ick mi nich erinnern, wier doch ierst Söss Jahr!“

„Ick wier dor ok nich öller, Tedje!“ sād Charlie un sette sien Resümee furt, wo he unnerbraken wūr:

„Wenn man sik angesichts de dōrch de AfD upkamenden Erinnerungen an 1933, de Gefohr bewusst wier, dōrft man doch keinen lustigen Schönwāder-Wahlkampf fūhrn?“



„Rotfeder“ hett dat richtig seihn, oewer leider is sien Warnung tau spät för de KLARTEXT-Läser un Wähler ankamen. Ick heff mi sülwst fragt, worüm ick dat nich ok so seihn heff. Ick har doch ok in Facebook läst, woans so manke Genossen sik de Tied verdrieiben. Nu möst mi ierst „Rotfeder“ dor up stōten un fragen: *‚Wie kann man, ... vom Kochen, Backen und Kuchen essen sprechen und vorrangig gegen Krawatten polemisieren? Wird hier etwa Weiberfastnacht vorbereitet?‘* Ick heff miene Wahl-Kandidatin so hennahmen, de ok iefrig ehre leckeren Torten in Facebook anpriest hett, anstatt mobilisierende Antworten tau uns aktuellen sozialen Probleme un demografische Entwicklung tau gāwen. Nu hoff ick, dat Sei in de Landachsfraktion gaude politische Arbeit makt un sik nich as „schlechte Wahl“ erwiest!“

Charlie schweech bedrückt.

Ick wull em trōsten un sād: „Charlie, dien *blond Engel* is all nich mihr blond, ward ok nich mihr mit ehren Kauken prahlen un sik ok nich mihr öffentlich in Facebook oewer olle Damen lustig maken, de in Slap schmatzen un mit ehre Drütten knirschen, denn se is ihrgeizig un will as studierte Politikwissenschaftlerin doch noch Karriere maken. Oewer nu mücht ick giern noch mal up „Rotfeder“ trōchkamen, de uns hütige Situation mit de von 1933 verglāken hett. Ick heff mi ok all Gedanken doroweer makt, ob sik de Geschichte, woans Hitler an de Macht kamen is, villicht werrerhalen künn? Ick heff recherchiert un

faststellt: dat 1928 de KPD 5 %, de SPD 38 % un de NSDAP 4 % Stimmen kreech. Oewer 1933 stimmten 49 % Meckelnbōrger – āhnlich as in ganz Dūtschland – för de sik ok as ein Ort „AfD“ dorstellende NSDAP! – De KPD wāhlten noch 7 % (+ 2) un SPD blos noch 25 % (- 14). Dat wier damals von de Tendenz her ein āhnlich Entwicklung as hüt, 83 Jahr dornah, wo up einen Schlag de AfD 18 Mandate in unsen Landdach erobert un nah de SPD, de grad noch 26 schafft hett, de tweitstärkste Fraktion worden is.“

Dat nu intrādene nahdenkliche, bedrückende Schwiegen löste Charlie up, de nu nüchtern faststellte, dat wi von Oppositionsführer nu tau de lüttste Kraft in Parlament tausamenschrumpt sünd un nu de niege olle Regierung nich blos wierer Alternativen upzeigen, sonnern ok mit de AfD konkurrieren, un uns so in duppelte Opposition profilieren möten.“

„Un uns de besten Kämpfer in uns Partei taun Vōrbild nähmen,“ sād nu Tedje un nehm sik noch mal dat Wurd: Hei falt ´ ein Zeitungsblatt uteinander, wat hei oft makte, wenn he siene Würd unnerstūten wull un sād: „Ji stimmt mi woll tau, wenn ick faststell, dat Gregor Gysi un Sahrah Wagenknecht tau unsere klāuksten un cleversten Agitatoren gehūren. Ick bün ok ein Fan von Gregor un Sahra! In ´n Bundestag hett Sahra ein Rād hollen un dorbi ok uns Kanzlerin de Leviten lāsst, dat ick ehr miene höchste Anerkennung dorför utsprāken mücht. Villicht hefft ji dorvon ok schon wat hürt orer läst, oewer ich denk, dat wi uns sōnne Rāden noch mal öfter in ´t Gedächtnis raupen sūlln?“

„Nu fang schon an, Tedje“, förrerte Charlie ungeduldig: „eh giffst du doch kein Rauh nich!“

Un Tedje begūn, uns ut Sahra Wagenknechts Rād in ´n Bundestag vōrtaulāsen:

„Geschichte wiederholt sich nicht, aber es gibt Phasen, in denen die politischen Uhren rückwärts zu gehen scheinen, unerbittlich zurück in eine Zeit, die sich eigentlich niemand zurückwünschen kann. Wer die Entwicklung der letzten Jahre verfolgt, der wird das beklemmende Gefühl nicht los, dass wir heute in genau so einer Phase leben, und ich möchte mir nicht ausmalen, wie das enden kann.“

75 Jahre nach Beginn des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion finden in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze wieder martialische Kriegsübungen unter deutscher Beteiligung statt.

Die US-Atomwaffen in Deutschland werden modernisiert - nicht abgebaut, Frau Merkel: modernisiert - und Raketenbasen in ganz Europa aufgebaut. Angeblich geht es immer nur um Abschreckung, darum, Putin davon abzuhalten, ins Baltikum einzumarschieren.

Es würde mich wirklich interessieren, ob diejenigen, die uns diesen Schwachsinn erzählen, auch nur eine Sekunde selber daran glauben.

Wer hat denn seine Grenzen in den letzten zwei Jahrzehnten immer weiter nach vorne geschoben?

Russland in Richtung NATO, oder war es nicht eher umgekehrt?

Die USA haben 5 Milliarden Dollar in der Ukraine investiert. Das Ergebnis ist ein zer-rissenes Land mit marodierenden faschistischen Banden und, ja, die russische Anne-xion der Krim, die immer als Beweis für die Aggressivität der russischen Außenpolitik

herhalten muss.

Auch die neue Aufrüstungsspirale dient angeblich immer nur dazu, den russischen Bären im Zaum zu halten. Eine dümmere Begründung kann man sich wirklich nicht ausdenken.

Aktuell liegen die Militärausgaben der NATO beim etwa 13-Fachen der russischen. Und jetzt brauchen wir noch mehr Aufrüstung, um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten? Was ist denn das für ein Irrsinn!

Trotzdem gehörten Sie, Frau Bundeskanzlerin, wieder einmal zu den ersten, die die Umsetzung des 2-Prozent-Ziels angekündigt haben. 2 Prozent, das bedeutet 25 Mil-

liarden Euro jedes Jahr mehr für Mordwaf-fen, für Panzer und für Kriegsgerät, aber für gute Renten fehlt uns angeblich das Geld, und für bessere Bildung erst recht. Was sind denn das für absurde politische Prioritäten, die Sie hier setzen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Frau Merkel. Wir finden das un-verantwortlich!“

Tedje wier farig oewer dit wier noch nich alls, wat uns Trialog so an denn Dach bröchte, woroewer ick vielleicht später mal berichten ward.

Rotfeder und die Konzerte in der Kapelle Reez

Etwa zehn Kilometer südöstlich von Rostock, auf einer Grundmoräne zwischen den Warnow-Zuflüssen Kösterbeck und Zarnow liegt Dummerstorf. Entlang dieser drei Wasserläufe kann ich kleines rotes Fischlein weite Strecken durch die ausgewiesenen Naturschutzgebiete Gölde-nitzer Moor und Kösterbeck schwimmen.

Dabei konnte ich oft im Dummerstorfer Gutshaus Konzerten lauschen, die Professor Stephan Imorde mit Studenten oder Absolventen der hmt Rostock bei freiem Eintritt organisiert hatte. Er ist Leiter der 2008 gegründeten young academy rostock - Internationales Zentrum für musikalisch Hochbegabte an der hmt Rostock. Auf diese Weise können die Konzertbesucher hochkarätige internationale Spitzenleistungen erleben und mit ihrer Spende die Denkmalpflege unterstützen.

Seit 2013 wurden auch in der Kapelle Reez inzwischen fast 20 hervorragende Konzerte auf kleinem Raum angeboten. Dazu wurde die Idee des "Freundeskreis KapellenKonzerte Reez" ins Leben gerufen.

Nun hatte im August die Ostsee-Zeitung in einem Artikel gefragt, ob die Kapelle in Reez geschlossen werden müsse, weil sie angeblich mit Holzschutzmitteln kontaminiert sei. Der Restaurator Wolfram Vor-

melker, der sich seit vielen Jahren um die Kapelle kümmert und die Veranstaltungen mitorganisiert, konnte allerdings vor dem Konzert am 25. September versichern, dass bereits vor 20 Jahren die Kontamination im Kapellenraum beseitigt worden



war. Nur im Dachstuhl muss noch viel getan werden.

Also konnten wir unbesorgt dem großartigen Spiel von Andreas Hering, Klavier und Isang Enders, Violoncello, zuhören. Sie spielten zwei Sonaten für Klavier und Violoncello von Ludwig van Beethoven, nachdem sie am Vortag bereits in Dummerstorf zwei andere Sonaten aus dieser Reihe aufgeführt hatten.

Ich freue mich schon auf das Adventskonzert in der Kapelle Reez. Am 4. Dezember wird Christine Schornsheim „Das Wohltemperierte Clavier“ Teil I von Johann Sebastian Bach auf dem Cembalo spielen. Anmelden und einen Platz sichern kann man sich unter E-Mail: konzerte@kapelle-reez.de oder telefonisch unter 038 208 13 413.

Zur Umsetzung der noch jungen Konzertreihe ist es neben der finanziellen Unterstützung der Kirchengemeinde Kavelstorf und der Gemeinde Dummerstorf erforderlich, privates Engagement einzuwerben. Der Gesamtrahmen dieser Konzerte wird nur möglich, weil eine Reihe oft unsichtbarer Helfer im Ehrenamt tätig sind. Diesen gebührt großer Dank.

Das meint eure Rotfeder

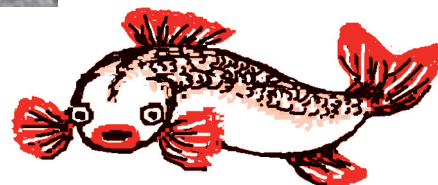


Foto: Ch.Pagenkopf - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4917774>

Arbeiten bis zum Umfallen breitet sich aus Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 27. September 2016

„Dass sich die Zahl der erwerbstätigen Seniorinnen und Senioren seit 2005 mehr als verdoppelt hat, ist ein besorgniserregender Befund. Das Rentenalter bedeutet für immer weniger Menschen Ruhestand und Erholung nach einem anstrengenden Arbeitsleben. Das Rentenniveau sinkt, Armut breitet sich in der Gesellschaft aus, und damit steigt der Druck, weiter zu arbeiten“, erklärt Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende und arbeits-

marktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur wachsenden Zahl älterer Menschen, die auch nach dem Renteneintritt einer Beschäftigung nachgehen. Zimmermann weiter:

„Arbeiten bis zum Umfallen wird für immer mehr Menschen zur traurigen Realität, und die Politik ist gefordert, darauf zu reagieren. DIE LINKE setzt sich für eine armutsfeste solidarische Mindestrente für alle ein. Das Rentenniveau muss wieder deutlich angehoben werden. Die leidige Debatte um eine

weitere Erhöhungen des Renteneintrittsal-ters muss beendet werden, denn letztlich geht es dabei immer nur um weitere versteckte Rentenkürzungen.“

Manager-Boni umverteilen!

Mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Lohnes ist für die Spitzenmanager*innen nicht drin. Wer ihnen eine Million Euro auszahlen will, muss der Reinigungskraft 50.000 Euro geben.

DIE LINKE.

Was tun gegen die AfD? Handlungsansätze zum Umgang mit Rechtspopulist*innen

Mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) droht erstmals die dauerhafte Etablierung einer Partei in Deutschland, die rechts der CDU angesiedelt ist. In das Europäische Parlament und in mehreren Landtagen ist sie im bereits eingezogen. Nun will die AfD auch in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Es ist höchste Zeit Gegenstrategien gegen die marktradikale, nationalistische und rechtspopulistische Politik der AfD zu entwickeln. Dies ist weder alleinige Aufgabe der antifaschistischen Bewegung, noch ausschließliche Aufgabe der anderen Parteien, auch wenn sich die AfD als Anti-Partei geriert und Frontstellung gegen alle „Systemparteien“ bezieht. Die Entlarvung und Zurückdrängung des parteiförmigen Rechtspopulismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denn die AfD droht die gesamte Gesellschaft zu spalten. Insofern braucht es ein breites Bündnis aus fortschrittlichen Kräften, aus Parteien, aus den Religionsgemeinschaften, Sozialverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, antirassistischen und antifaschistischen Gruppierungen, um den Aufstieg der Demagogen im bürgerlichen Gewand zu stoppen.

Innere Widersprüche aufzeigen

Trotz verschiedener Wahlerfolge ist die Partei häufig zerstritten – kaum ein Landesvorstand der nicht zumindest in Teilen zurücktrat, kaum ein Landesverband, welcher nicht durch Selbstdarsteller oder Querulanten in die Schlagzeilen geriet. Diese Parteikultur ist auch ein Ausdruck dessen, was die AfD als Gesellschaftsmodell immer wieder propagiert: Statt Solidarität will die Partei, dass sich der Stärkere bzw. Leistungsfähigere in der Gesellschaft durchsetzt. Ein Kampf Aller gegen Alle ist die zwangsläufige Entwicklung, und wohin dieses führt, demonstrieren gerade zahlreiche AfD-Funktionär*innen an ihrer Partei. Kritiker*innen sollten diese Prozesse aufzeigen und für sich nutzen. Alleine darauf zu vertrauen, dass sich die AfD selbst demontiert, reicht nicht aus.

Schnittmengen mit der extremen Rechten nachweisen

Aufgabe der antifaschistischen Bewegung wird es vor allem sein, die bestehenden personellen und ideologischen Schnittmengen der AfD mit der extremen Rechten aufzuzeigen. Für zahlreiche Neonazis und Rassist*innen ist die AfD der parteipolitische Hoffnungsträger, nachdem viele frühere Projekte wie die Republikaner, die Pro-Parteien, Die Freiheit oder die Schillpartei scheiterten und die NPD sich momentan in einer schweren Krise befindet. Die AfD Spitze versucht zwar allzu laute Rechte mundtot zu machen und kann auf der Führungsebene oft „repräsentables“ Personal vorweisen. Der Umgang mit diversen „Einzelfall“-Skandalen zeigt jedoch, dass die Führung meist nicht bereit ist

extreme Rechte auszuschließen – entweder weil der innerparteiliche Widerstand zu groß ist oder weil es Stimmen bei Wahlen kosten würde. Auf der kommunalen Ebene muss die Partei zukünftig hunderte von Positionen besetzen. Hier und erst recht an der Basis lohnt es sich, genau hinzusehen, ob sich dort belastete Aktivist*innen tummeln, auch wenn dies eine mühsame Recherche erfordert. Die braunen Umtriebe in der AfD schaden schon jetzt denjenigen Funktionär*innen, welche ihre Absicherung im konservativen Establishment, in der Wirtschaft oder akademischen Jobs haben.

So bemerkte der Kolumnist Volker Zastrow in der FAZ besorgt „Wer also jetzt noch in der AfD mitmacht, riskiert den bürgerlichen Ehrverlust.“ Auch ideologische Schnittmengen zwischen AfD und bestehenden oder früheren Organisationen wie NPD, REP usw. müssen analysiert werden. Die Wahlprogramme der AfD sind meist entschärft, weil auf eine akzeptable Sprache und medienkompatible Inhalte bei der Formulierung geachtet wird. Bei Reden von Funktionär*innen, gerade im aufgeheizten Wahlkampf, wird hingegen schon eher Tacheles geredet um ein rechtspopulistisches Wähler*innenpotential zu erschließen. Dies zeigte sich deutlich, als in den Wahlkämpfen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen hauptsächlich chauvinistische und antimuslimische Ressentiments bedient wurden. Äußerungen der NPD sind gesellschaftlich geächtet. Spricht die AfD den gleichen Inhalt mit anderen Worten aus, so ist dies (noch) nicht der Fall. Hier sind die Parallelen immer wieder aufzuzeigen. Der Aufwand, der hierfür nötig ist, ist jedoch lohnend, denn auf vielen Blogs und Webseiten in den Sozialen Netzwerken, welche von AfD-Aktivist*innen betrieben werden, wird man auf der Suche nach rassistischen oder nationalistischen Äußerungen fündig.

Inhaltliche Kritik ist die Aufgabe aller

Die Entwicklung einer grundlegenden Kritik an den Inhalten der AfD ist sicher die wichtigste und größte Herausforderung. Sie darf nicht nur Aufgabe der antifaschistischen Bewegung sein und kann schon gar nicht auf die Bevölkerungsgruppen abgewälzt werden, welche von der AfD diskriminiert werden. Inhaltliche Kritik ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft, sofern sie an einer solidarischen Zukunft interessiert ist. So wird es z.B. primäre Aufgabe der Gewerkschaften sein, die marktradikalen Positionen der AfD zu kritisieren. Die AfD fordert eine weitere Deregulierung der Wirtschaft, ist gegen den Mindestlohn und für den Abbau der Rechte von Werkträgern. Sie ist nicht die „Partei der kleinen Leute“, als die sie sich gerne präsentiert. Sie vertritt die Interessen einer gesellschaftlichen Elite, welche ihre Privilegien gegen die Interessen, auch der werktätigen Bevölkerung, verteidigen und ausbauen will.

Diese Verfestigung der Ungleichheit wird auch im Hamburger Wahlprogramm, als „Leistungsprinzip“ verklärt, gefordert. Hier hat die AfD eine offene Flanke, denn einfache Mitglieder und WählerInnen kommen selbst oft aus sozial benachteiligten Schichten und wären von einer sozialdarwinistischen Politik persönlich betroffen.

Auch in der Geschlechterfrage bietet die AfD gute Angriffspunkte, denn sie ist eine reaktionäre Partei, die hauptsächlich von Männern geführt und gewählt wird. Dass die AfD ein frauenfeindliches Weltbild vertritt, äußert sich auch in der Ablehnung einer Quotierung in Partei, Wirtschaft und Gesellschaft. Hier stellt sie sich gegen gesellschaftliche Entwicklungen und arbeitet stattdessen an einer dezidiert antifeministischen Kampagne. Die Partei steht also nicht für eine moderne „Alternative“ zu den bestehenden Parteien, sondern für eine Rückkehr zum spießigen Geschlechter- und Familienkonzept der 50er Jahre. Auch auf dem Feld der Flüchtlings- und Migrationspolitik hat die AfD keine Antwort auf die real bestehenden Probleme, außer der Propagierung von im Kern rassistischen und menschenfeindlichen Forderungen. Wenn die AfD Ernst mit ihrer Politik machen könnte, dann würde sie den völkerrechtlich und grundgesetzlich verbürgten Schutz von Flüchtlingen aufkündigen, die Freizügigkeit in der EU abschaffen und die Religionsfreiheit beschneiden. Sie würde elementare Prinzipien der Aufklärung und der Menschenrechte demontieren.

Eine aufgeklärte Gesellschaft, welche die Verwirklichung der Gleichheit aller Menschen zum Ziel hat, kann keine Sondergesetze für Zugewanderte, Flüchtlinge oder bestimmte Religionen wollen. Kulturelle, ethnische, religiöse und soziale Vielfalt, sowie ein solidarischer Umgang miteinander sind die Voraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft.

Sanktionen gegen die AfD müssen inhaltlich gut begründet sein und dürfen ihr keine Gelegenheit bieten, sich erfolgreich in der Opferrolle zu inszenieren. Doch die AfD hat personelle und ideologische Schnittmengen mit der extremen Rechten, sie lehnt eine Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung ab. Die AfD darf von keiner Partei als Bündnispartner akzeptiert werden, weder in der Bürgerschaft, noch in den Bezirken. Ihren Positionen muss energisch widersprochen, ihre populistische Strategie muss entlarvt werden, ihr öffentliches Auftreten darf nicht unkommentiert bleiben. Sie bietet keine lebenswerte „Alternative“ zum Bestehenden, sondern ist eine Gefahr für eine offene und solidarische Gesellschaft.

Dieser leicht abgeänderte und gekürzte Text wurde zuerst veröffentlicht in der Broschüre „Zur Kritik an der Alternative für Deutschland“ vom Hamburger Bündnis gegen Rechts.

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Do., 13.10.	?	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Lesung mit Sabine Kebir: "Ilse Stöbe. Wieder im Amt"	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Di., 18.10.	14:00 Uhr	Skatrunde	Rostock	Bremerstr. 24
Do., 20.10.	18:30 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes HRO	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 22.10.	10-15 Uhr	1. Kinder- und Jugendarmutskonferenz	Rostock	Doberaner Str. 21
Mo., 26.10.	18:30 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes LRO		Prissanewitz
Sa., 29.10.	10:00 Uhr	RotFuchs: "Systemopposition endet bei ihrer Regierungsfähigkeit", Diskussion mit B. Schwes und T. Felte	Rostock	MGH Evershagen Maxim-Gorki-Str. 51, 18106 Rostock
Sa., 5.11.	9:00 Uhr	Kreisparteitag DIE LINKE.Rostock mit Dietmar Bartsch; Wahl zur Vertreterversammlung zur Aufstellung der Liste zur Bundestagswahl	Rostock	Stadthalle
Mo., 7.11.	18:18 Uhr	Friedensdekade 2016 "Kriegsspuren"	Bad Dob.	Münster
Mi., 9.11.	19:00 Uhr	Mahnendes Gedenken an die Reichspogromnacht	Güstrow	Alter jüdischer Friedhof
Fr. 18.11.	15:00 Uhr	RotFuchs: Klaus Blessing zum Thema "Die DDR war nicht pleite - Warum ging sie trotzdem bankrott?"	Rostock	MGH Evershagen Maxim-Gorki-Str. 51, 18106 Rostock

Ankündigung

Das Netzwerk gegen Kinderarmut Mecklenburg-Vorpommern lädt ein.

Kinder- und Jugendarmutskonferenz

Noch immer ist Mecklenburg-Vorpommern eines der Bundesländer mit der höchsten Kinder- und Jugendarmutsquote. Laut neuesten Studien leben 26,9 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Armut. Diese Kinder sind von gesellschaftlicher Teilhabe häufig ausgeschlossen, haben geringere Bildungs- und Entwicklungschancen und sind häufiger krank.

Wir wollen auf der 1. Kinder- und Jugendarmutskonferenz in Rostock über die besorgniserregende Situation in Mecklenburg-Vorpommern diskutieren, mögliche Handlungsansätze für eine Verbesserung besprechen und ggf. auch konkrete und praktische Handlungsschritte mit Ihnen verabreden.

Vorankündigung der Referate:

Inputreferat: **Reiches Land-Arme Kinder?**

Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Inputreferat: **Erschöpfte Jugendliche - was tun?**

Ronald Lutz, Dr. phil, Professor für Soziologie an der Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften der FH Erfurt

Inputreferat: **Gesundheitliche Folgen für ein Aufwachsen in Armut**

Raimund Geene, Prof. Dr. rer.pol., Professor für Kindergesundheit an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Angewandte Humanwissenschaften, Studiengang Angewandte Kindheitswissenschaften

Inputreferat: **Aspekte der Armut in Mecklenburg Vorpommern- Ein Forschungsbericht**

Rudolf Borchert, Vorstandsvorsitzender AWO Landesverband M-V
Wir laden alle Interessierten sehr herzlich zu unserem Kongress ein.

am 22. Oktober von 10:00 Uhr – 15:30 Uhr in das Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21 in 18057 Rostock

Für einen Mittagsimbiss ist gesorgt. Die Veranstaltung ist kostenfrei! Zur unverbindlichen Teilnahmebekundungen und bei Interesse an weiteren Informationen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an c.thoenelt@lrmv.de. Sie werden über den Anmeldestart informiert.



Genossin Christa Radtke ist nicht mehr unter uns!

Am 27. August 2016 hat unsere Genossin Ihren Lebensweg beendet. Wir werden uns an eine der linken Idee seit 60 Jahren treue Kämpferin erinnern. Sie stellte Fragen und forderte Antworten. Sie wirkte aktiv in Ihrem Umfeld für unsere Ideen. Christa unterstützte unsere Arbeit finanziell durch Einwerbung von Spenden von Nichtmitgliedern unserer Partei.

Wir werden uns im Namen aller Linken vor Ihrer Urne verneigen und Ihr Andenken bewahren.

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:

Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank

Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Doppelkrieg (von Jürgen Riedel)

Bundesregierung begreift nicht
Blöd wie Spreng-Kopf:
Militäreinsatz gegen Terroristen
In Syrien Irak

Zugleich Krieg gegen Terroristen weltweit
Je mehr IS weggebombt
Je mehr rächen sie sich an Unschuldigen
Ungläubige
Nach ihrer Dummdumgeschoss-Meinung

TTIP (von Jürgen Riedel)

Zweites Manchestertum
nicht hinterhoffenster
ohne rußiges Arbeiterleben
keine halbskelettierten Fabrikkinder
zweites Pro-Profit-Hoch des Kapitalismus
schmutzig contra Gesundheit Mitsprache

Gedenken an die Opfer des Faschismus

Spanischer Bürgerkrieg, rosa Winkel, alte & neue Rechte: Der Tag der Opfer des Faschismus 2016 in Rostock

Seit 1946 wird in Rostock den Opfern des Faschismus gedacht. Seit 1947 geschieht dies am zweiten Sonntag im September vor dem Mahnmal am Rosengarten in direkter Nähe des Steintors.

Etwa vierzig Menschen, junge und ältere, folgten dem Aufruf der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschist*innen (VVN-BdA) Rostock, auch in diesem Jahr den „Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“ in Rostock zu begehen.

Eröffnet wurde die Kundgebung mit dem Lied der Moorsoldaten. Anschließend begrüßte Regine Lück, die vor kurzem gemeinsam mit Nico Burmeister zur Sprecherin der Rostock VVN-BdA gewählt wurde, die Anwesenden. In zwei Redebeiträgen würdte an diesem Tag allen Opfern der faschistischen Terrorherrschaft gedacht und anschließend Gebinde und Blumen niedergelegt werden.

Zunächst sprach Eckhard Brinkenkamp vom Rat und Tat e.V., ein Verein der sich für die Rechte von Lesben, Schwule und Trans* in Rostock und Mecklenburg-Vorpommern einsetzt. In seiner höchst emotionalen Rede schilderte Eckhard anhand konkreter Beispiele das Martyrium, welches u.a. Schwule und Lesben unter der Nazi-herrschaft zu erdulden hatte. Bis heute finden die Opfer, die in den Konzentrationslagern der Nazis als Erkennungszeichen rosafarbende Winkel an ihrer Kleidung tragen mussten, nur wenig mediale und zeithistorische Aufmerksamkeit, obwohl sie zu den besonders stark Verfolgten im NS-Reich gehörten.

In einem zweiten Beitrag richtete sich Jürgen Weise, viele Jahre aktiv in der VVN-BdA, an die Anwesenden. Er lenkte die Aufmerksamkeit der Zuhörer*innen unter anderem auf den Spanischen Bürgerkrieg, dessen Beginn sich dieses Jahr zum 80. Mal jährt. Deutsche und italienische Faschisten unterstützten damals den Franco-Putsch gegen die junge spanische Republik, die ihrerseits die Internationalen Brigaden zur

Verteidigung aufstellte. Die deutsche Legion Condor spielte dabei eine wesentliche Rolle. Viele Flugzeugtypen des Unternehmers Ernst Heinkel wurden hier erprobt und weiterentwickelt.

Zum Abschluss des Gedenkens wurden Blumen und Gebinde niedergelegt. Besonderen Dank gilt dem Rat und Tat e.V., der LINKEN. Rostock und der linksjugend Rostock, die Kränze und Sträuße niedergelegten, aber auch an alle, die sich an dem Gedenken beteiligten.

Die vergangenen Landtagswahlen haben wieder einmal deutlich gemacht, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kein Relikt der Vergangenheit ist. Der Aufstieg der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ zeigt, dass wir auch künftig unsere Kraft in die humanistische Aufklärung stecken müssen – eine Aufgabe, der sich nicht nur die VVN-BdA und die LINKE, sondern alle demokratischen Menschen widmen müssen.

Nico Burmeister



Gewinner: DIE LINKE hat in Berlin ein echt starkes Ergebnis bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus eingefahren. Ein Grund hierfür sicherlich die tolle Wahlkampagne „Wem gehört die Stadt?“

Verlierer: An dieser Stelle ein paar persönliche Worte. Jeden Morgen sage ich mir, heute lässt Du die SPD mal in Ruhe, es gibt ja noch schlimmere Parteien. Und dann macht die SPD wieder großen Mist, und meine guten Vorsätze sind verschwunden. Die Zustimmung der SPD zum Freihandelsabkommen CETA macht die SPD auf jeden Fall mal wieder zur Verliererin des Monats. - C.P.

Monatszitate

„Einen Antrag der Linken aus Prinzip abzulehnen, obwohl SPD und CDU ihn inhaltlich eigentlich ganz gut finden, macht keinen Sinn.“ (Mathias Brodkorb, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag)

Monatszahl

Außergewöhnlich stark waren SPD (39,2%) und DIE LINKE (23,6%) bei der Landtagswahl in MV ins Nostorf. Dort holte die AfD mit 10,6% eines ihrer schlechtesten Ergebnisse. In Nostorf liegt übrigens die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung von MV.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand der Außerordentliche Landesparteitag vom 27.9. statt?
2. Wer steht nun an der Spitze der Linksfraktion im Landtag?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.11.2016